

Felix Mocker

Der Staat als Umsatzsteuergläubiger im Insolvenzverfahren

Zum Zeitpunkt der Begründetheit bei
Umsatzsteuertatbeständen



Wirtschafts- und Steuerrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christian Jahndorf, HLB Schumacher,
Universität Münster

Prof. Dr. Marc Desens, Universität Leipzig

Prof. Dr. Rolf Eckhoff, Universität Regensburg

VRiBFH Michael Wendt, München

Band 23

Felix Mocker

Der Staat als Umsatzsteuergläubiger im Insolvenzverfahren

Zum Zeitpunkt der Begründetheit bei
Umsatzsteuertatbeständen



Nomos





Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8229-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-2651-1 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 von der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 23. März 2021 statt.

Rechtsprechung, Literatur sowie Verwaltungsauffassungen habe ich bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Manuskripts dieser Arbeit im Januar 2021 berücksichtigt.

Dankbar sein ist leicht. Aber danken ist
eine große Kunst und schwer, wie jede Kunst, zu
meistern.

Stefan Zweig

Mein tiefer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Herrn *Prof. Dr. Marc Desens*, ohne dessen Unterstützung die Umsetzung dieses Projekts nicht möglich gewesen wäre. Neben dem hervorragenden fachlichen Austausch war es eine Mischung aus Zuspruch und Antrieb, die zum Gelingen der Arbeit maßgeblich beigetragen hat.

Herrn *Prof. Dr. Christian Berger* möchte ich nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens danken, sondern auch für die Inspiration, mich mit dem Insolvenzrecht zu befassen, das ich seit dem Wintersemester 2012/13 zu schätzen gelernt habe.

Ermöglicht hat diese Arbeit jedoch meine Familie. Ohne meine Eltern, meinen Bruder, meine Lebensgefährtin (und baldige Ehefrau) und auch meine Großeltern läge diese Arbeit heute nicht vor. Sie haben mich – jeder auf seine Art und Weise – durch alle Höhen und Tiefen begleitet, die für gewöhnlich mit einer solch besonderen Herausforderung verbunden sind. Dafür bin ich zutiefst dankbar!

Bedanken möchte ich mich schließlich bei all jenen Freunden und Kollegen, die mir im Laufe der Erstellung der Arbeit mit so manchem Tipp und als Diskussionspartner zur Seite gestanden haben.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	23
§ 1. Problemstellung	23
§ 2. Gang der Untersuchung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	25
Erstes Kapitel: Die Teilnahme des Staates am Insolvenzverfahren und Auswirkungen des umsatzsteuerrechtlichen Neutralitätsgrundsatzes	27
§ 3. Beteiligung des Steuergläubigers am Insolvenzverfahren und seine (Sonder-)Position	29
A. Folgen des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes für den Staat	30
I. Geschützte Interessen der Gläubiger im Insolvenzverfahren	30
II. Der Staat als Schuldner von Gläubigergleichbehandlung	31
1. Privat-rechtliche Herleitung des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes	32
2. Öffentlich-rechtliche Herleitung des Gläubigergleichbehandlungsgrundsatzes	33
III. Schutzpflichten des Staates ggü. dem Insolvenzschuldner	36
IV. Folgen der Dreiecks-Rechtsbeziehungen zwischen Gläubiger, Insolvenzschuldner und Staat	37
B. Folgen des Verfassungsauftrags des Staates auf den Staat als Steuergläubiger	39
I. Verfassungsauftrag des Steuergläubigers bei der Steuererhebung außerhalb des Insolvenzverfahrens	40
II. Teilnahmepflicht des Steuergläubigers am Insolvenzverfahren	41

Inhaltsverzeichnis

§ 4. Möglichkeit, aber kein Zwang zum Fiskusvorrecht im Insolvenzverfahren	42
A. Das ehemalige Konkursvorrecht des Gläubigers	43
B. Die Einführung neuer Fiskusvorrechte unter Geltung der InsO	44
I. Möglichkeiten der Fiskusbevorrechtigung	44
II. Argumente für und gegen die Einführung eines Fiskusvorrechts im Insolvenzverfahren	46
1. Vorrecht aufgrund Zwangsgläubigerstellung geboten?	46
2. Neu-Erschließung weggefallener Einnahmequellen und weitere Argumente für ein Fiskusvorrecht im Insolvenzverfahren	49
3. Argumente gegen ein Fiskusvorrecht im Insolvenzverfahren	51
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung und Grenzen neuer Fiskusvorrechte im Insolvenzverfahren	52
C. Zwischenergebnis: Fiskusvorrecht in Grenzen zulässig	53
§ 5. Modifikation der insolvenzrechtlichen Gläubigerstellung des Steuergläubigers durch umsatzsteuerrechtliche Besonderheiten	54
A. Der Neutralitätsgrundsatz der Umsatzsteuer	55
I. Historische Entwicklung und Folgen für die Rechtsauslegung	55
II. Wesensmerkmale der heutigen Umsatzsteuer als Ausdruck der Belastungsneutralität	58
1. Umsatzsteuer als Verkehrsteuer	60
2. Umsatzsteuer als Wertschöpfungssteuer	61
3. Umsatzsteuer als Verbrauchsteuer	63
4. Stellungnahme	65
III. Primär- und verfassungsrechtliche Verortung des Neutralitätsgrundsatzes	70
IV. Wirkung des Neutralitätsgrundsatzes auf der Eingangs- und Ausgangsseite	73
1. Belastungsneutralität bei Eingangsleistungen durch Vorsteuerabzug	73
2. Neutralität bei Ausgangsleistungen	74
a) Neutralität durch Wettbewerbsneutralität	74
b) Neutralität durch Belastungsneutralität	76
3. Zusammenfassung der Wirkung des Neutralitätsgrundsatzes	76

B. Folgerungen aus der Umsatzsteuerneutralität für das Insolvenzverfahren	77
I. Kein Aussonderungsrecht wegen Belastungsneutralität	78
1. Vorgebrachte Gründe für Annahme eines Aussonderungsrechts	78
2. Stellungnahme	80
a) Anspruch aus Umsatzsteuerschuldverhältnis kein dingliches oder persönliches Recht i.S.d. § 47 Satz 1 InsO	80
b) Kein Aussonderungsrecht aus dem UStG ableitbar	83
(aa) Vermögenszuordnung zwischen Steuergläubiger und Steuerschuldner im Umsatzsteuerschuldverhältnis	83
(bb) Kein Aussonderungsrecht wegen indirekter Steuererhebung bei der Umsatzsteuer	87
c) Kein Aussonderungsrecht aus der InsO ableitbar	90
d) Keine ungerechtfertigte Bereicherung	90
e) Zwischenergebnis	91
II. Keine Masseverbindlichkeit wegen Belastungsneutralität	91
1. Vorgebrachte Gründe für Annahme einer Masseverbindlichkeit	91
2. Stellungnahme	95
a) Inkonsequenz der BFH-Lösung	95
b) Kein Verstoß gegen EU-Recht	97
(aa) Qualifikation des Anspruchs aus dem Umsatzsteuerschuldverhältnis als Insolvenzforderung ist keine EU-Beihilfe	97
(bb) Kein Verstoß gegen den Grundsatz der Wettbewerbsneutralität	101
(cc) Kein Verstoß gegen das Effektivitätsgebot	102
c) Keine Heranziehung des Insolvenzrechts zum Ausgleich umsatzsteuerrechtlicher Durchbrechungen des Neutralitätsgrundsatzes im Falle der Insolvenz	104
III. Gesamtwürdigung und eigene Auffassung	104
IV. Lösungsvorschläge de lege ferenda	108
1. Aussonderungsrecht de lege ferenda	108
2. Einrichtung einer Umsatzsteuersondermasse	110

Inhaltsverzeichnis

3.	Erweiterung des Anwendungsbereichs der Ist-Besteuerung	112
4.	Ausweitung des sog. Reverse-Charge-Verfahrens	113
5.	Umsatzsteuer der einphasigen Einzelhandelssteuer	115
§ 6.	Zur Einordnung von § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO	115
A.	Zweck und Entstehungsgeschichte von § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO	117
B.	Norminhalt des § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO	122
I.	Tatbestand: Im Rahmen eines vorläufigen Verfahrens begründete Umsatzsteuerverbindlichkeit	122
1.	Begründung durch vorläufigen Insolvenzverwalter, durch Schuldner mit dessen Zustimmung oder durch Schuldner nach Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	123
a)	Sog. „starker“ vorläufiger Insolvenzverwalter	124
b)	Sog. „schwacher“ vorläufiger Insolvenzverwalter	125
c)	Erstreckung auf Fälle vorläufiger Eigenverwaltung	128
(aa)	Bisherige Rechtslage	128
(bb)	Neufassung von § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO ab 1. Januar 2021	129
2.	Maßstab für Begründetheitskriterium bei § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO	130
3.	Begründetheit von Umsatzsteuerverbindlichkeiten	131
a)	Nur Bemessungsgrundlagen zugunsten des Steuergläubigers sind von § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO erfasst	131
b)	Verrechnungsreihenfolge von Verbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO mit den übrigen Umsatzsteuerbemessungsgrundlagen	133
c)	Anwendung von § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO auch auf Berichtigungstatbestände	137
4.	Die „Zustimmung“ des „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalters	138
a)	Gegenstand der Zustimmung	138
b)	Art und Weise der Zustimmung	140
II.	Rechtsfolge: Masseverbindlichkeit nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	142

C. § 55 Abs. 4 InsO als verfassungsrechtlich zulässiges Fiskusvorrecht	142
I. Eine Ungleichbehandlung liegt vor, ...	143
II. ...sie ist aber gerechtfertigt, da der Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum nicht überschritten hat	144
§ 7. Zusammenfassung des Ersten Kapitels	148
Zweites Kapitel: Die insolvenzrechtliche Begründetheit steuerrechtlicher Ansprüche – Abgrenzung von Masse- und Insolvenzgläubigern	150
§ 8. Die Insolvenzzrechtliche Begründetheit als Abgrenzungskriterium	150
A. Allgemeines zum Verhältnis von Masseverbindlichkeiten und Insolvenzforderungen	150
B. Zum Abgrenzungszweck zwischen Insolvenz- und Massegläubigern	154
§ 9. Der Begriff der insolvenzrechtlichen Begründetheit	155
A. Allgemeine Begriffsbestimmung	155
B. Übertragung auf Steuerforderungen	160
I. Insolvenzrecht als Maßstab der Beurteilung der Begründetheit eines Steueranspruchs	160
II. Definition der maßgeblichen insolvenzrechtlichen Begründetheit eines Steueranspruchs	163
1. Bisherige Definitionen in Rechtsprechung und Literatur	164
2. Definitionsansatz von Schwarz anhand des Leistungsfähigkeitsprinzips	169
3. Eigener Definitionsansatz	170
C. Gleichlauf mit Abgrenzungen bei § 35 Abs. 1 InsO sowie bei § 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO	172
§ 10. Zusammenfassung des Zweiten Kapitels	174

Inhaltsverzeichnis

Drittes Kapitel: Die insolvenzrechtliche Begründetheit der einzelnen umsatzsteuerrechtlichen Besteuerungstatbestände	176
§ 11. Begründetheit umsatzsteuerrechtlicher Anspruchsgrundlagen bei Insolvenz des Leistungsempfängers	179
A. Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers aufseiten des Leistenden – der Umsatzsteueranspruch des Steuergläubigers	179
I. Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers, wenn der Leistende der Soll-Besteuerung unterliegt	180
1. Entstehung des Umsatzsteueranspruchs des Steuergläubigers ggü. dem Leistenden bei Soll-Besteuerung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) Satz 1 UStG	180
2. Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers auf den Umsatzsteueranspruch des Steuergläubigers ggü. dem Leistenden	181
a) Keine Auswirkungen bei Entrichtung des Entgelts vor Insolvenzeröffnung	182
b) Umsatzsteuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Sätze 1 und 2 UStG bei Entrichtung des Entgelts nach Insolvenzeröffnung	183
(aa) Normzweck und Funktionsweise von § 17 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 UStG	184
(bb) Entstehen des Berichtigungsanspruchs nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG	185
(cc) § 17 Abs. 2 Nr. 1 UStG als materiellrechtliche Berichtigungsvorschrift	186
(dd) Definition der Uneinbringlichkeit nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG	189
(ee) Kein automatisches Eintreten der Uneinbringlichkeit	192
(ff) Fallgruppen der Uneinbringlichkeit	195
(i) Uneinbringlichkeit bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Leistungsempfängers und bei Vorliegen materieller Insolvenz	195

(ii) Keine Uneinbringlichkeit allein aufgrund Insolvenzantragstellung	197
(iii) Uneinbringlichkeit bei Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	198
(iv) Eintreten von Uneinbringlichkeit abseits der Insolvenz	199
(v) Zusammenfassung	205
(gg) Erneute Berichtigung bei Vereinnahmung des Entgelts, § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 UStG	205
II. Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers, wenn der Leistende der Ist-Besteuerung unterliegt	206
1. Entstehung des Umsatzsteueranspruchs des Steuergläubigers ggü. dem Leistenden bei Ist- Besteuerung nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b) UStG	206
2. Keine Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers auf den Umsatzsteueranspruch des Steuergläubigers ggü. dem Leistenden	207
III. Zusammenfassung	207
B. Auswirkungen der Insolvenz des Leistungsempfängers aufseiten des Leistungsempfängers – der Vorsteuerabzugsanspruch des Leistungsempfängers ggü. dem Steuergläubiger	208
I. Der Vorsteuerabzugsanspruch als materiell-rechtlich eigenständiger Anspruch	208
II. Entstehung des Vorsteuerabzugsanspruchs nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG	210
III. Insolvenzzrechtliche Einordnung des Vorsteuerabzugsanspruchs des insolventen Leistungsempfängers nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG	214
1. „Schuldigwerden“ des Vorsteuerabzugsanspruchs nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Sätze 1 und 2 UStG	214
2. „Schuldigwerden“ des Vorsteuerabzugsanspruchs nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 UStG	220
3. Zwischenergebnis	223

Inhaltsverzeichnis

IV. Begründetheit des Vorsteuerberichtigungsanspruchs des Steuergläubigers nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG (erste Berichtigung)	223
1. Fehlende Entgeltentrichtung als Anlass der Uneinbringlichkeitsberichtigung	224
2. Begründetheit des Vorsteuerberichtigungsanspruchs des Steuergläubigers bei Insolvenzeröffnung vor Entgeltentrichtung nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG	225
a) Anknüpfung an den zu Grunde liegenden Tatbestand	226
b) Anknüpfen an Tatbestand des § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG selbst	227
(aa) Uneinbringlichkeit vor Insolvenzeröffnung	228
(bb) Uneinbringlichkeit mit Insolvenzeröffnung	229
(cc) Uneinbringlichkeit nach Insolvenzeröffnung	230
c) Stellungnahme	230
V. Vorsteuerberichtigungsanspruch des Leistungsempfängers nach § 17 Abs 2 Nr. 1 Satz 2 UStG (zweite Berichtigung)	235
VI. Vorsteuerberichtigungsanspruch des Steuergläubigers gem. § 15a UStG	238
§ 12. Begründetheit umsatzsteuerrechtlicher Anspruchsgrundlagen bei Insolvenz des Leistenden	239
A. Auswirkungen der Insolvenz des Leistenden aufseiten des Leistenden – Begründetheit des Umsatzsteueranspruchs des Steuergläubigers	239
I. Auswirkungen der Insolvenz des Leistenden auf den Leistenden, wenn er der Soll-Besteuerung unterliegt	240
1. Insolvenzforderung bei Leistungserbringung und Entgeltvereinnahmung vor Insolvenzeröffnung	240

2. Leistungserbringung vor, Entgeltvereinnahmung nach Insolvenzeröffnung	241
a) Begründetheit bei Entgeltvereinnahmung – die „Doppelberichtigungs“-Rechtsprechung des V. Senats des BFH	242
(aa) Inhalt der „Doppelberichtigungs“-Rechtsprechung	242
(i) Maßgeblichkeit „vollständiger Tatbestandsverwirklichung“ (auch) bei Soll-Besteuerung	242
(ii) Erste Berichtigung gem. § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1 UStG bei Insolvenzeröffnung	243
(iii) Zweite Berichtigung gem. § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 UStG bei Vereinnahmung des Entgelts	244
(bb) Reaktionen auf die „Doppelberichtigungs“-Rechtsprechung	245
(i) Zustimmung zur „Doppelberichtigungs“-Rechtsprechung	245
XI. Senat des BFH und Instanzgerichte	245
Finanzverwaltung	246
Stimmen aus der Literatur	247
VII. Senat des BFH	249
(ii) Kritik an der „Doppelberichtigungs“-Rechtsprechung des BFH	251
b) Begründetheit bei Leistungserbringung	257
c) Stellungnahme	258
(aa) Entgeltvereinnahmung bei Soll-Besteuerung nicht maßgeblich	258
(bb) Keine Uneinbringlichkeit durch Insolvenz des Leistenden	260
(cc) Keine Tatbestandsverwirklichung von § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO	262
(dd) Keine umsatzsteuerrechtlichen Unternehmensteile	265
(ee) Zeitpunkt der Leistungserbringung als Begründetheitskriterium	268
(ff) Zusammenfassung	269

Inhaltsverzeichnis

3. Entgeltvereinnahmung vor, Leistungserbringung nach Insolvenzeröffnung – Mindest-Ist-Besteuerung	269
a) Maßgeblichkeit der Leistungserbringung auch bei Mindest-Ist-Besteuerung?	270
b) V. Senat des BFH: Abstellen auf Zeitpunkt der Vorauszahlung	271
c) Stellungnahme	272
II. Auswirkungen der Insolvenz des Leistenden, wenn er der Ist-Besteuerung unterliegt	277
1. Leistung und Entgelt werden vor Insolvenzeröffnung erbracht bzw. entrichtet	277
2. Die Leistung wird vor Insolvenzeröffnung erbracht, das Entgelt nach Insolvenzeröffnung entrichtet	278
a) Maßgeblichkeit der Entgeltvereinnahmung	279
b) Maßgeblichkeit der Leistungserbringung	281
c) Stellungnahme	282
3. Das Entgelt wird vor Insolvenzeröffnung vereinnahmt, die Leistung aber nach Insolvenzeröffnung erbracht	283
III. Zusammenfassung	285
B. Auswirkungen der Insolvenz des Leistenden aufseiten des Leistungsempfängers – der Vorsteuerabzugsanspruch des Leistungsempfängers	286
§ 13. Zusammenfassung des Dritten Kapitels	288
Viertes Kapitel: Ausgewählte insolvenzrechtliche Konstellationen aus umsatzsteuerrechtlicher Sicht	290
§ 14. Auswirkungen der Ausübung des Wahlrechts durch den Insolvenzverwalter nach § 103 InsO auf den Umsatzsteueranspruch des Steuergläubigers ggü. dem Leistenden	290
A. Ablehnung der Erfüllung durch den Insolvenzverwalter	291
I. Auswirkungen der Erfüllungsablehnung auf das zivilrechtliche Schuldverhältnis	291

II. Auswirkungen der Erfüllungsablehnung auf das Umsatzsteuerschuldverhältnis	292
1. Auswirkungen der Erfüllungsablehnung bei Insolvenz des Leistenden	292
a) Regelinsolvenzverfahren	292
(aa) Keine vorinsolvenzlichen teilweisen Leistungen	293
(bb) Vorinsolvenzliche Anzahlung des Leistungsempfängers	293
(cc) Vorinsolvenzliche teilweise Leistung des insolventen Leistenden	295
(dd) Beiderseitige vorinsolvenzliche teilweise Leistungen	297
b) Vorläufiges Insolvenzverfahren	297
2. Auswirkungen der Erfüllungsablehnung bei Insolvenz des Leistungsempfängers	298
a) Regelinsolvenzverfahren – Keine umgekehrte Steuerschuldnerschaft	298
(aa) Keine vorinsolvenzlichen teilweisen Leistungen	298
(bb) Vorinsolvenzliche Anzahlung des Leistungsempfängers	298
(cc) Vorinsolvenzliche teilweise Leistung des Leistenden	299
(dd) Beiderseitige vorinsolvenzliche teilweise Leistungen	300
b) Regelinsolvenzverfahren – Umgekehrte Steuerschuldnerschaft nach § 13b Abs. 2 und 5 UStG	301
c) Vorläufiges Insolvenzverfahren	301
B. Erfüllungsverlangen des Insolvenzverwalters	302
I. Auswirkungen des Erfüllungsverlangens auf das zivilrechtliche Leistungsverhältnis	302
II. Auswirkungen des Erfüllungsverlangens auf das Umsatzsteuerschuldverhältnis	302
1. Auswirkungen des Erfüllungsverlangens bei Insolvenz des Leistenden	302
a) Regelinsolvenzverfahren – Keine umgekehrte Steuerschuldnerschaft	302
b) Vorläufiges Insolvenzverfahren	303

Inhaltsverzeichnis

2. Auswirkungen des Erfüllungsverlangens bei Insolvenz des Leistungsempfängers	304
a) Regelin insolvenzverfahren – Keine umgekehrte Steuerschuldnerschaft	304
b) Regelin insolvenzverfahren – Umgekehrte Steuerschuldnerschaft nach § 13b Abs. 2 und 5 UStG	305
c) Vorläufiges Insolvenzverfahren	305
§ 15. Fälle vorläufiger Insolvenzverwaltung	306
A. Regelin insolvenzverfahren mit „starkem“ vorläufigen Insolvenzverwalter	306
I. Leistungen des insolventen Leistenden vor Einsetzung des „starken“ vorläufigen Insolvenzverwalters	306
II. Leistungen im Eröffnungsverfahren durch den „starken“ vorläufigen Insolvenzverwalter	308
III. Vorsteuerberichtigung beim insolventen Leistungsempfänger	309
B. Regelin insolvenzverfahren mit „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalter	310
I. Leistungen des insolventen Leistenden vor Einsetzung des „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalters	311
II. Leistungen im Eröffnungsverfahren durch den „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalter oder mit dessen Zustimmung	313
III. Vorsteuerberichtigung beim insolventen Leistungsempfänger	314
§ 16. Zusammenfassung des Vierten Kapitels	315
Zusammenfassung der Ergebnisse	317
Literaturverzeichnis	323

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
Alt.	Alternative(n)
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
Art.	Artikel
Bd.	Band/Bände
Begr.	Begründer
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BStBl.	Bundesteuerblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BT-PlPr.	Bundestags-Plenarprotokoll
Buchst.	Buchstabe
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
Diss.	Dissertation
f.	folgend
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
gl.A.	gleiche(r) Ansicht
grds.	grundsätzlich(e)/grundsätzlichen
h.M.	herrschende(n) Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i.d.F.	in der Fassung

Abkürzungsverzeichnis

i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engeren Sinn
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.e.	im Sinne eines/einer
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
Kap.	Kapitel
KO	Konkursordnung
krit.	kritisch
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MwStSystRL	Mehrwertsteuersystemrichtlinie
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
Nr.	Nummer(n)
rkr.	rechtskräftig
Rn.	Randnummer(n)
sog.	sogenannt(e)
st. Rspr.	stetige Rechtsprechung
Tz.	Textziffer(n)
Unterabs.	Unterabsatz
v.	vom
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
z.B.	zum Beispiel

Ergänzend wird Bezug genommen auf das Abkürzungsverzeichnis von *Kirchner, Hildebert* (Begr.), *Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 9. Auflage, Berlin 2018.